

Niederschrift
über die Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und
Beteiligungsausschusses
am 05.03.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer

CDU

Herr Krumhöfner

Herr Kuhlmann

Herr Dr. Lange

Herr Nettelstroth

Frau Steinkröger

SPD

Herr Klaus

Herr Nockemann

Herr Suchla

Frau Bürgermeisterin Welz

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hallau

Frau Mamerow

Frau Schmidt

AfD

Herr Sahm

Die Linke

Herr Möhlmeier

Herr Dr. Schmitz

FDP

Herr Schlifter

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Gugat (LiB)

Frau Oberbäumer (Die Partei)

Herr Peter (Parteilos)

Herr Schatschneider (BSW)

Herr Schraub (Volt)

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Kaschel
Frau Beigeordnete Beckermann
Frau Beigeordnete Koch
Herr Erster Beigeordneter Nürnberger
Frau Schmiedeskamp

Herr Maschmeier
Herr Kricke
Herr Voß
Frau Riemann
Frau Mülöt

Dezernat 1
Dezernat 2
Dezernat 4
Dezernat 5
Konzerncontrolling und steuerliche
Angelegenheiten
Ordnungsamt
Büro Oberbürgermeisterin und Rat
Ordnungsamt
Stab Dezernat 3
Büro Oberbürgermeisterin und Rat
(Schriftführung)

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer eröffnet die 02. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses (HWBA) in der Wahlperiode 2025-2030 und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt den termingerechten Zugang von Einladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Tagesordnung sei wie folgt zu erweitern:

- um TOP 3.4: Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema „Steuerlicher Querverbund“
- um TOP 4.1.1: gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 05.03.2026 zum Thema „Ehrenamt ermöglichen – Stadtteilstärken stärken“
- um TOP 5.2: gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 05.03.2026 zum Thema „Einschränkung bzw. Verbot von Silvesterfeuerwerk“.

Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgetragen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der genannten Punkte erweitert.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 01. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 04.02.2026****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Niederschrift über die 01. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 04.02.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2**Mitteilungen****Zu Punkt 2.1****Smart City Index 2025: Nachbetrachtung**

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Mitteilung der Verwaltung.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer teilt mit, dass die vorliegenden Anfragen gemäß der in § 17 Abs. 3 Geschäftsordnung Rat (GeschO Rat) in die Tagesordnung der heutigen Sitzung eingepflegt und im Ratsinformationssystem veröffentlicht worden seien.

Die Antwort der Verwaltung zu TOP 3.5 liege noch nicht vor, daher werde dieser Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung verschoben. Bis auf die Antworten zu TOP 3.6 und TOP 3.7 seien alle Antworten fristgerecht im System eingestellt worden, daher werde weitestgehend auf das Verlesen verzichtet.

-.-.-

Zu Punkt 3.1 Zuständigkeit des Büros für Zentrale Veranstaltungskoordination und Veranstaltungssicherheit (ZVK) (Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0750/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Ticketformen beim Deutschland-Semesterticket und Informationspraxis kommunaler Verkehrsunternehmen (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0476/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Abschleppen in der Innenstadt (Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0464/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer verweist auf die im

Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Antwort der Verwaltung. Herr Schlifter stellt fest, dass sich die Zahl im Dezember verfünffacht habe. Dies sei nach seiner Auffassung in der unübersichtlichen Verkehrsführung begründet.

Herr Maschmeier erklärt, dass die Beschilderung optimierungsbedürftig sei. Ein Auswertungsgespräch zum Weihnachtsmarkt habe ergeben, dass für das nächste Jahr anders an die Planung herangegangen werden müsse. Der laufende Betrieb sei nicht geändert worden, da sich das Verkehrskonzept nicht nur auf eine Straße beziehe. Für den Weihnachtsmarkt 2026 werde das Konzept allerdings so nicht übernommen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.4 Steuerlicher Querverbund (Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2026, ursprünglich zur Sitzung des Finan- und Personalausschusses eingereicht)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0773/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Anfrage und Antwort der Verwaltung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.5 Konzept Miete städtischer Räume (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0716/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer teilt mit, dass eine Antwort noch nicht vorliege. Die Beantwortung wird daher in die nächste Sitzung vertagt.

Zu Punkt 3.6 Weitergabe ausgemusterter IT-Hardware (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0717/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer bittet Herrn Stadtkämmerer Kaschel die Antwort der Verwaltung zu verlesen. Die Antwort werde ebenfalls im Ratsinformationssystem veröffentlicht.

Herr Kaschel teilt mit, dass die Antwort des Amtes BIE-digital in einer der nächsten Sitzungen des HWBA vorgelegt werde. Zur Zusatzfrage 1 erklärt er, dass sich das Konzept zurzeit in Bearbeitung befinde. Zur Zusatzfrage 2 gebe es demnächst eine Vorlage der Verwaltung.

Herr Hallau bewertet die Beantwortung als inhaltlich nicht zufriedenstellend.

Herr Peter ergänzt, dass die Hardware aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veräußert werden könne. Bei Veräußerung müsse die Stadt eine Garantie auf die Geräte geben.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.7 Trinkwasserschutz Flugplatz Windelsbleiche (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0733/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer bittet Herrn Maschmeier die Antwort der Verwaltung zu verlesen. Die Antwort werde im Ratsinformationssystem ebenfalls veröffentlicht.

Frau Mamerow bedankt sich für die Beantwortung und ergänzt, dass ein Hinweis auf den richtigen Ausschuss zur Beantwortung der Fragen wünschenswert gewesen wäre.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.8 Gutachten zu Mindestbeförderungsentgelte für Mietwagenfahrdienste (Anfrage der FDP-Fraktion vom 25.02.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0758/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Herr Schlifter äußert sich verwundert darüber, auf wessen Beschluss das Gutachten beauftragt worden sei. Da eine Satzung zu beschließen sei, hätte zuvor die Politik befragt werden müssen. Somit sei es kein Geschäft der laufenden Verwaltung. Eine kurze Informationsvorlage wäre

wünschenswert gewesen.

Herr Nettelstroth widerspricht, dass es zur Aufgabe der Verwaltung gehöre, da das Taxigewerbe Teil der öffentlichen Daseinsversorgung sei. Es sei nachvollziehbar, zu überprüfen bzw. zu untersuchen, ob das Taxigewerbe gefährdet sei.

Herr Schraub unterstützt die Ausführungen von Herrn Schlifter und merkt an, dass nicht sicher sei, ob die Politik regulierend eingreifen wolle. Erst wenn der Wunsch bestehe, könne ein Gutachten in Auftrag gegeben werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.9

Terminsituation im Ausländeramt (Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0766/2025-2030

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer verweist auf die im Ratsinformationssystem bereits veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Herr Schlifter regt an, kritische Situationen zu betrachten und zu evaluieren. Die Möglichkeit, in dringenden Fällen zeitnahe Termine zu vergeben, müsse besser kommuniziert werden.

Herr Sahm merkt an, dass mit Einhaltung der Rechtsprechung zwei Drittel der Anträge nicht bearbeitet werden müsste.

Herr Kuhlmann bestätigt, dass es über Jahre eine herausfordernde Arbeitssituation sei. Trotz 17 Mehrstellen seien die Termine rar. Es sei wichtig, resilienter gegen Angriffe von außen zu werden. Ein Verwaltungsversagen könne er nicht erkennen.

Herr Dr. Schmitz zeigt sich enttäuscht über den jahrelangen Zustand. Es könne nicht sein, dass aufgrund von Bots keine Termine mehr zu bekommen seien. Die alternativen Wege sollten besser kommuniziert werden.

Frau Beckermann teilt mit, dass an der Terminsituation gearbeitet werde. Die Möglichkeit, zeitnah einen Termin zu bekommen, sei gegeben. Sie betont ausdrücklich, dass niemand seine Arbeit verlieren werde, weil sein Aufenthaltstitel ablaufe. Die Onlinevergabe der Termine müsse rechts- und angriffssicher gemacht werden.

Herr Gugat stellt fest, dass die Ausländerbehörde seit über 10 Jahren bei der Terminvergabe nicht funktionsfähig sei, sodass Personen nicht angemessen versorgt würden. Diese Situation müsse dringend verbessert werden.

Frau Welz weist darauf hin, dass in den letzten Jahren zahlreiche

Maßnahmen besprochen und verabschiedet worden seien. Es ginge nicht nur um die Terminvergabe für einen Aufenthaltstitel, die Probleme seien komplexer. Die Bots seien ein deutschlandweites und kein Bielefelder Problem.

Herr Hallau merkt an, dass es in der Vergangenheit hätte besser laufen können. Allen sei die nicht zufriedenstellende Thematik bekannt. Es ginge um Menschen mit besonderen Bedürfnissen, aber auch mit besonderen Schwierigkeiten. Es müsse unter den gegebenen Umständen das Beste daraus gemacht werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4

Anträge

Zu Punkt 4.1

Ehrenamt ermöglichen – Stadtteilsteste stärken (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

0763/2025-2030

0817/2025-2030 gemeinsamer Erweiterungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 05.03.2026

Frau Mamerow begründet den Antrag dahingehend, dass Planung und Durchführung von Stadtteilstesten als zunehmend komplexer und schwer planbarer wahrgenommen würden. Ziel sei es, das ehrenamtliche Engagement in den Stadtteilen zu unterstützen. Dem Änderungsantrag könne zugestimmt werden.

Herr Kuhlmann erläutert den Änderungsantrag. Die befristete Absenkung der Sondernutzungsgebühren für die Zone 4 (Schweinemarkt, Heeper Ting und Stiftsmarkt) seien für die Werbegemeinschaften existentiell gewesen. Der Hebesatz solle nun dauerhaft abgesenkt werden. Des Weiteren sei ein Konzept für die Straßen- und Nachbarschaftsfeste auszuarbeiten.

Herr Suchla begrüßt die Einigkeit darüber, Stadtteilsteste insbesondere die nicht-kommerziellen Feste zu vereinfachen. Es wären bereits Feste wegen des ehrenamtlich nicht mehr leistbaren Organisationsaufwandes ausgefallen. Der Aufwand müsse zukünftig unkomplizierter und kostengünstiger werden.

Herr Schlifter bestätigt den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. Er regt an, in der Prüfung die Nachbarschaftsfeste und die Feste der Kaufmannschaft nicht so stark zu trennen. Eine Gebührensenkung sei immer sinnvoll.

Herr Maschmeier weist darauf hin, dass bereits im Juli 2025 eine Arbeitsgruppe gebildet worden sei und diese ihre Arbeit bereits aufgenommen habe. Der Antrag habe einen hohen Prüfumfang. Er biete an, im nächsten HWBA über die Themen Sondernutzungsgebühren,

Kontingente für Toiletten, Sperrmittel und Sicherheitsmaßnahmen zu informieren. Das Amt für Verkehr arbeite bereits an der Satzung zur Sondernutzungsgebühr, sodass aus Sicht der Verwaltung bereits darüber abgestimmt werden könnte.

Frau Mamerow begrüßt den Vorschlag.

Herr Kuhlmann schließt sich an und befürwortet, dass zunächst nur über Punkt c des Änderungsantrages abgestimmt werde.

Der Antrag Drucks.-Nr. 0763/2025-2030 wird vertagt.

-.-.-

Es erfolgt eine getrennte Abstimmung der Punkte des Erweiterungsantrages.

Beschluss über Drucks.-Nr. 0817/2025-2030:

1. Die Entscheidung über die Punkte a), b) und d) des Antrags wird bis zur nächsten Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss vertagt.
2. c) Die Verwaltung wird beauftragt, die Sondernutzungsgebührensatzung dahingehend abzuändern, dass bei Veranstaltungen in der Zone 4 die Sondernutzungsgebühr unbefristet rückwirkend ab 1.1.2026 auf 25% des Ansatzes herabgesetzt wird.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Einschränkung bzw. Verbot von privatem Silvesterfeuerwerk (Bürgereingabe nach § 24 GO, verwiesen durch den Anregungs- und Beschwerdeausschuss am 18.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

0501/2025-2030

0428/2025-2030 Stellungnahme der Verwaltung

0818/2025-2030 Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom
05.03.2026

Herr Klaus bewertet die Stellungnahme der Verwaltung als nachvollziehbar; er bedaure allerdings die rechtliche Lage. Vor dem Hintergrund der zu beklagenden Todesopfer in Bielefeld bittet er zu prüfen, inwieweit der sehr geringe rechtliche Rahmen auf weitere Standorte ausgeweitet werden könne. Das Ergebnis solle rechtzeitig vor Jahresende in den HWBA eingebracht werden. Herr Klaus bittet Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer über den Städtetag aktiv zu werden.

Frau Schmidt begrüßt den Prüfauftrag. Es müsse von den Kommunen mehr Druck auf den Bund ausgeübt werden. Das Thema illegales

Feuerwerk werde zunehmen. Aufgabe werde es sein, Kinder und Jugendliche dahingehend zu schützen.

Herr Kuhlmann merkt an, dass das Thema weiterhin Bielefeld beschäftige. Es gebe keine Regelungsmöglichkeit für ein generelles Verbot. Handlungsmöglichkeiten seien aufgezeigt worden. Es sollten weitere geschützte Zonen eingerichtet werden, wie z. B. die Altstadt. Kein Bielefelder solle unter Pauschalverdacht gestellt werden.

Herr Sahm ergänzt, dass nicht die verantwortungsvollen Bürgerinnen und Bürger durch ein pauschales Verbot gegängelt werden sollten.

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer bittet um Abstimmung über Drucks.-Nr. 0501/2025-2030 und stellt folgendes Ergebnis fest:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss schließt sich der Bürgereingabe einstimmig nicht an.

-.-.-

Beschluss zur Drucks.-Nr. 0818/2025-2030:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Polizei Bielefeld, zu prüfen, ob weitere Feuerwerk- und Böllerverbotzonen zu Silvester, neben denen am Boulevard und an der Sparrenburg, möglich und nötig sind.

Das Ergebnis der Prüfung soll dem HWBA rechtzeitig zur Entscheidung vorgelegt werden, um bei Bedarf zum kommenden Jahreswechsel rechtssicher tätig werden zu können.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Beteiligungsbericht 2024 und Bericht zum Public Corporate Governance Kodex der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0619/2025-2030

Der Ausschuss nimmt ohne Aussprache Kenntnis.

-.-.-

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.